

Schalksmühler General-Anzeiger

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis vierteljährlich M. 2.70; durch die Boten M. 3.00; durch die Post frei ins Haus M. 3.12.

Zeitung für Schalksmühle, Dahlebrück, Rummenohl, Heedfeld, Hülscheid und das Volme-Gebiet.

Ämtliches Publikationsorgan für die Gemeinden Südenscheid und Hülscheid.

Anzeigenpreis: für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg. Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Fortsetzung der Gebühren und bei Konfusen.

Nr. 36

Anzeigenannahme, Expedition u. Abonnementsannahme:
fr. Herm. Bohmer, Schalksmühle, Bahnhofstraße.

Mittwoch, 12. Februar

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Sell jr.,
Salver in Westf.

1919

Nicht zu Sieben?

Langsam beginnt sich in Weimar das Blättchen zu drehen. Langsam aber sicher. Wenigstens scheint es so.

Man hatte sich die Anfänge der Legitimierung des neuen deutschen Volksstaates einfacher gedacht als sie sich jetzt herausstellt. Selbst nachdem die Hoffnung der Sozialdemokratie, in der Nationalversammlung gleich beim ersten Anlauf die Mehrheit zu erobern, getrogen hatte, glaubte kein Mensch an sonderliche Schwierigkeiten der Konstituierung des Reiches: man nahm, selbstverständlich, die nächstliegende deutsche demokratische Partei in die Regierung mit auf, und die Sache war erledigt. Drei bis vier Tage mochten ihr überlassen werden, im übrigen aber würden alle Blöße mit Angehörigen der stärksten Partei befreit, und dann konnte endlich mit praktischer, mit auch so dringlicher Arbeit begonnen werden. Die Rechnung war einfach; sie hatte nur den Fehler, daß sie nicht stimmte.

Denn die Demokraten sahen die Sache nicht bloß von der einen Seite an, die sie hat, von der Seite der Beteiligung an der Macht, sondern, sehr begreiflicherweise, auch von der andern: der Verantwortlichkeit. Und wie die Sozialdemokratie, auch abgesehen von den Mehrheitsverhältnissen, ganz gern darauf verzichtete, für sich allein die volle Verantwortung zu tragen für die weitere Gestaltung des deutschen Schicksals, vor dem Volk und vor der Geschichte, so hielten auch die Demokraten nach Genossen Umschau, mit denen sie ihrerseits Schuld oder Verdienst — je nachdem — zu teilen vermöchten; wie die Dinge liegen, kann man es wirklich niemandem verargen, wenn er in dieser Beziehung Vorsicht walten läßt. Wir brauchen nur an den Frieden zu denken, der uns bevorsteht, um zu begreifen, daß keine Partei mehr Verantwortung auf ihre Schultern laden will als durch die gegebenen Umstände unbedingt geboten ist.

Also wurden Verhandlungen mit dem Zentrum eingeleitet, und das Zentrum sagte nicht Nein. Fünf Millionen Wähler haben auch diesmal wieder dieser ausgesprochenen Mittel- und Vermittlerpartei ihr Vertrauen bezeugt. Das verpflichtet, besonders in einer so schweren Zeit. Damit standen aber der Sozialdemokratie bereits zwei gegnerische Parteien als Nachteilhaber gegenüber. Also wurden sieben gegen sieben Plätze im neuen Reichskabinett angeboten: sieben für die eigentliche Regierungspartei, und sieben für die beiden anderen Parteien zusammen. Parität, wie man das neuerdings zu nennen pflegt. Doch da machte das Zentrum Schwierigkeiten. Die Sozialdemokraten hielten diese erfahrenen parlamentarischen Strategen, in der Nationalversammlung in der Minderheit; wie kommen sie dazu, für sich den gleichen Anteil an der Amtverteilung zu beanspruchen, wie sie ihn ihren Gegnern zugestehen will? Das wäre um so gerechtfertigter, als sie gerade die wichtigsten Posten ausschließlich mit ihren Leuten besetzen will: den Reichspräsidenten mit Herrn Ebert, den Ministerpräsidenten mit Herrn Scheidemann und den Präsidenten der Nationalversammlung mit Herrn Dr. David. Und je länger man über diese Fragen sprach und nachdachte, desto bedenklicher wurden die Verhältnisse. Überhaupt: drei Präsidenten von der roten Farbe — da können doch in einem von Grund auf demokratisch einzurichtenden Staate wohl andere Parteien ebenfalls gar nicht mehr mitmachen.

Schon hier muß die Verantwortung beginnen, wenn nicht falsche Vorstellungen entstehen sollen. Also verlangt das Zentrum, als zweitstärkste Partei, da die Herren Ebert und Dr. David bereits so gut wie festgelegt sind, das Amt des Ministerpräsidenten oder, wie man wohl bald wieder unbeanstandet wird sagen dürfen, des Reichskanzlers für sich. Einmal: dann aber möchte es das Stimmverhältnis im Kabinett nicht auf der Grundlage von 7 zu 7, sondern von 8 zu 7 bemessen wissen. Denn entscheidend ist jetzt nur einmal die Gesamtansicht der Nationalversammlung.

Man muß zugeben, daß der Sozialdemokratie hier einigermaßen schwere Verzichtleistungen abgefordert werden; für sie steht mehr als die bloße Frage der Amtverteilung auf dem Spiel. Ihr Ansehen als Trägerin der Revolution als Führerin in der neuen Zeit steht auf dem Spiel, und wenn auch mit den Unabhängigen kein Pakt für die neue Regierung zu schließen war, die Rücksicht auf diese unbedeutlichen Genossen von der Linken darf deshalb doch keinen Augenblick außer acht gelassen werden; das Geheiß von der Gegenrevolution, an die das Volk verfallen würde, könnte sonst bald gefährlich werden.

Was bleibt danach? Ein Mittelweg, Kompromiß, Verständigung — ganz wie in früheren Zeiten, wo man auch nicht den Himmel stürmen konnte, so sehr man sich dazu des öfteren aufgelegt fühlte. Das Zentrum wird schließlich auch mit sich reden lassen, und die Demokraten sind nicht unerbittlich. Schade nur, daß die ersten bitter notwendigen „Taten“ der Nationalversammlung auf diese Weise durch Vorgänge hinter den Kulissen aufgehoben werden, die man vor der Revolution verächtlich als „Ruhhandel“ zu brandmarken pflegte. Das kann nicht gerade das Ansehen der neuen deutschen Volksvertretung heben. Es sind eben doch wieder die alten Parteien, die das Erbe des Kaiserreiches unter sich verteilen wollen. Am Ende ist der Sprung, der Riß, der Bruch in unserer Geschichte gar nicht so groß gewesen, wie wir es uns bisher eingebildet haben. Am Ende konnte er es auch nicht sein — wer kann das heute schon entscheiden wollen? —

Praktische Arbeit.

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung.

12. Weimar, 10. Februar.

Nachdem vorgestern Staatssekretär Dr. Breuß den Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt begründet hatte, ergab sich, daß niemand das Wort verlangte. Wieder ein Regierungsmonolog. Vielleicht am interessantesten aus der Rede des Staatssekretärs war die Feststellung, daß auch nach dem Zusammenbruch der dynastischen Hindernisse der Weg zur Reichseinheit recht bornenvoll ist. Im übrigen hob der Redner wiederholt hervor, daß der von ihm begründete Entwurf ein Provisorium darstelle, geschaffen, um endlich die Einsetzung einer rechtmäßigen, verhandlungsfähigen Regierung zu schaffen. Damit hatte er eigentlich allen Gegnern von rechts und links die Möglichkeit von Einwänden genommen. So bleiben denn bis auf weiteres wichtige Fragen, wie die Abgrenzung der Zuständigkeit des Reiches und der Einzelstaaten in der Schwere. Und Dr. Breuß deutet richtig an, daß über sie sobald keine Einigkeit zu erzielen sein wird. Aber letzten Endes — damit schloß der Redner unter allgemeiner Zustimmung — kommt es nicht auf die einzelnen Gesetzes-

bestimmungen, als vielmehr auf den Geist an, in dem das deutsche Volk jetzt an der Aufrichtung des neuen Reiches arbeitet.

Der Geist im deutschen Volk. Er findet gegenwärtig seinen Spiegel in der Verammlung der politischen Geister in Weimar. Und man darf sagen, daß der Geist, der bisher über den Verhandlungen schwebte, zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. In dieser Überzeugung kann auch der Verlust der Unabhängigen, einen kleinen Krawall herbeizuführen, nicht irremachen. Es handelte sich um ein geringfügiges Versehen des Mehrheitssozialisten Fischer bei der Schriftführerwahl, ein Versehen, das die Wahl in keiner Weise beeinflusste. Der energische laute Protest, den die 22 erhoben, zeigt aber, in welchem Geiste sie entschlossen sind, die Verhandlungen zu führen. Die Nationalversammlung wird schlimmstenfalls die 22 Radikaler ertragen und wahrscheinlich in ihrer — jetzt in Arbeit befindlichen — Geschäftsordnung auch Sicherungen gegen mutwillige und böswillige Verhandlungsstörer schaffen.

Ohne Zweifel, man ist auf dem Wege zu angestrengter praktischer Arbeit. Alle Fraktionen haben bereits Anträge eingebracht, im wesentlichen verlangen alle die alsbaldige Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens. Nur die Unabhängigen begnügten sich mit dem Antrag, die Nationalversammlung sofort von Weimar nach Berlin zu verlegen. Vielleicht wäre die Arbeit schon weiter gediehen, wenn nicht die Rollen — d. h. die Rollenbesetzung im Theater zu Weimar so unendliche Schwierigkeiten machte. Ursprünglich fand man es beinahe selbstverständlich, daß der Sozialdemokratie, die die Revolution gemacht und bei den Wahlen die Mehrheit erhalten hat, nun auch die leitenden Männer stellten. Aber bei der Fraktion selbst begann der Zweifel, ob sie — nach demokratischen Grundsätzen — die bürgerlichen Parteien, die zusammen die Mehrheit in der Verammlung haben, bei der Besetzung der leitenden Stellen anschalten dürfe. Und nun begann das Verhandeln. Am Sonnabend ohne Ergebnis, am Sonntag ohne Erfolg, am Montag vormittag immer noch keine Einigung. Vergeblich ward eine Deputation zu Ebert entsandt, um ihn zum Verzicht auf den vorläufigen Reichspräsidenten zu veranlassen und an Stelle des heimstretenden Scheidemann das Ministerpräsidentium übernehmen. Umsonst ward angeregt, Dr. David solle auf das Präsidium der Nationalversammlung verzichten. Bei allen Erwägungen und Kombinationen ergaben sich immer wieder Schwierigkeiten. Man fragt sich erstaunt: Muß das sein? Nach der Rotverfassung ernannt doch der Reichspräsident das Reichskabinett, das sich vom Parlament das Vertrauen aussprechen lassen muß. Also gut. Schnelle Entscheidung über die Rotverfassung, schnelle Wahl des Reichspräsidenten, der dann sein Kabinett zusammenstellen soll. So wünscht man in weiten Parlementsreisen. Aber es sind Widerstände zu überwinden — und so wogt der Kampf der Geister hinter den Kulissen fort...

Deutsche Nationalversammlung.

(4. Sitzung.)

12. Weimar, 10. Februar.

Der Beginn der heutigen Sitzung, in der die Aussprache über die zu schaffende Rotverfassung begann, stand

Pflichten bestimmt, wundern sich die Menschen in der Regel.

Gräfin Gerlinde hatte sich noch immer nicht in der Gewalt. Aus ihren Augen schloß ein ganz verzweifelter Blick in die Ferne.

„Das darf nicht sein — das ist doch unmöglich,“ rang es sich über ihre Lippen.

Sie sträubte sich, an die Wahrheit seiner Worte zu glauben, weil sie meinte, eine solche Wahrheit nicht ertragen zu können.

Nun erschraf der Graf doch. Seine Unbefangenheit wollte nicht mehr standhalten. Aber die wirkliche Ursache ihres Erschreckens blieb ihm fremd. Er glaubte nur, sie sei so fassungslos, weil sie nun vor die Notwendigkeit gestellt wurde, in das Witwenhaus übersiedeln zu müssen. Daß sie das nicht gern tat, wußte er. Sie hatte ihm oft genug gesagt, wie sehr sie sich davor fürchtete.

„Es wird mir sein, als ob die Mauern mich ersticken wollten. Ich bin kleine Räume nicht gewohnt,“ hatte sie ihm einmal gesagt. Und zum Trost hatte er ihr damals geantwortet:

„Du wirst Zeit haben, dich an den Gedanken zu gewöhnen, denn vorläufig denke ich noch nicht daran, mich zu verabschieden, und bevor ich es nicht tue, brauchst du nicht ins Witwenhaus übersiedeln.“

Wahrscheinlich erregte sie nun der Gedanke, daß es nun bald sein müsse, so sehr. Jetzt fiel auch sein Blick auf die Perlenkette um ihren Hals. Er kannte sie als zum Ramberger Familienjuwel gehörig, und ein unangenehmes Gefühl stieg in ihm auf.

„Ich nehme ihr viel durch meine Vermählung, das macht sie so bestürzt. Daran habe ich gar nicht gedacht, daß ich ihr dadurch mancherlei Opfer auferlegen muß, dachte er. Und fast beschlich ihn ein Gefühl des Unrechts ihr gegenüber, und sie tat ihm leid. Seine Ahnung hatte er jedoch, wie tief er ihr in dieser Stunde genommen hatte. Er ermahnte sich nur, nachsichtig zu sein.

„Darum darf es nicht sein, Gerlinde?“ fragte er leise.

Fortsetzung folgt.

Rote Rosen

Roman von G. Courths Mahler.

22 Nachdruck verboten.

Er dachte an Josta, während er in Gerlindes Antitz sah. Das gab seinem Blick einen strahlenden Glanz, der sie zu allerlei Hoffnungen berechtigen konnte.

„Ja, lieber Rainer — du hast recht. Auch ich habe empfunden, daß mir das Leben noch viel schuldig geblieben ist. Dies Gefühl ist allerdings erst in den letzten Monaten in mir wach geworden. Ich war schon beinahe abgestumpft durch meine Resignation. Erst seit du mir näher getreten bist und mich mit so viel zarter Fürsorge umgeben hast, hat das Leben wieder angefangen, mir einiges Interesse abzugewinnen. Du bist mir ein so lieber, treuer Freund geworden und teilst meine geistigen Interessen. Noch hat ja nur Sinn für Pferde, Sport und — vielleicht noch für schöne Frauen. Er war im Grunde doch ein oberflächlicher Mensch.“

Es berührte Rainer unangenehm, daß sie in dieser Weise von ihrem toten Gatten sprach. Zum ersten Male mißfiel ihm etwas an ihr, wenn er sich auch bemühte, ihr gerecht zu werden und ihren Unwillen auf ihre unglückliche Ehe zu schieben.

Graf Rodus war allerdings in geistiger Beziehung kein Elitemensch gewesen; aber er war gut, klug und warmherzig, keinesfalls oberflächlich gewesen. Zum ersten Male sprach Gräfin Gerlinde zu ihm in so tadelnder, beinahe verächtlicher Weise von ihrem verstorbenen Gatten, und da er mit Graf Rodus in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis gestanden hatte, berührte ihn das unangenehm. Aber er nahm die Gräfin doch gleich wieder vor sich selbst in Schutz und sagte sich, daß sich in ihrer Seele wohl mancherlei Bitterkeiten angesammelt haben mochten, die sich nun Luft machen wollten.

Ueber diesen Erwägungen überlagerte er ganz, daß sie ihm durch ihre Worte starke Avancen machte. Auch war er viel zu unbefangen und dachte nicht im Traume daran, daß die Gräfin ein besonderes Interesse für ihn haben könnte.

„Ich habe allerdings Rodus nie für einen oberflächlichen Menschen gehalten, Gerlinde. Vielleicht bist

du ein wenig verbittert. Du mußt zu vergessen suchen. Und was an mir liegt, will ich gern tun, um dir dabei zu helfen.“

Sie deutete diese Worte ganz falsch und so, wie sie es sich wünschte. Mit einem aufleuchtenden Blick reichte sie ihm die Hand.

„Ich danke dir, Rainer, deine Hilfe nehme ich dankbar an.“

Er blieb harmlos und unbefangen und sagte herzlich:

„Und noch jemand soll dir dabei helfen, Gerlinde.“

Sie sah ihn überrascht und fragend an.

„Was meinst du damit?“

Mit freudigem Gesicht richtete er sich straff empor.

„Das sollst du jetzt hören, Gerlinde. Ich sagte dir vorher, es sollte mir ein freundliches Omen sein, daß du bei meiner Heimkehr ein festlich weißes Gewand anlegst, und die Trauer aus Schloß Rumberg verbannt hast. Denn Schloß Rumberg soll wieder eine Herrin bekommen.“

Gerlindes Herz schlug bis zum Hals hinauf. Sollte sie der Erfüllung ihrer Wünsche schon so nahe sein? Sie glaubte, seine Worte mußten sich auf sie beziehen.

„Eine Herrin!“ stammelte sie verwirrt.

„Ja, Gerlinde,“ sagte er, ihre Hand mit warmem Druck fassend, sodas sie schon innerlich aufschauzte, „ich habe mich verlobt.“

Wäre der Blitz vor Gerlinde niedergefahren, sie hätte nicht erschrockener sein können, als bei diesen Worten. Wie gelähmt sah sie da, mit seltsam faulem, bläulichem Gesicht, und ihre Augen starrten ihn glanzlos, wie erfordern an.

So sah sie ihm eine Weile reglos und schweigend gegenüber. Ihr Wesen fiel ihm nicht weiter auf, zunächst hielt er es für einen Ausfluß großer Ueberregung.

Endlich kam wieder Leben in ihre Gestalt. Sie riß ihre Hand aus der seinen und fuhr mit einem Ruck steif empor.

„Nein — nein, das ist nicht wahr!“ stieß sie hervor, und ihre Lippen waren bläulich wie ihr Gesicht. Graf Rainer wurde nun doch etwas ungemütlich kumulte.

„Ich sehe, du bist ganz fassungslos vor Ueberregung. Ich glaube wohl, daß du sehr erstaunt bist. Wenn sich ein alter Hagestolz endlich auf seine

Im Hergang und in der Wirkung sind dabei aber Arten zu unterscheiden: der eigentliche Staatsbankrott und der sogenannte Währungsbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott kann in sehr seltenen Fällen soweit gehen, daß der Staat wie ein beliebiger anderer Schuldner seine Zahlungen völlig einstellt, d. h. also: gelieferte Waren und geleistete Dienste (Beamtengehälter usw.) nicht bezahlt und auch die Zinsen auf die Staatsschuld unbezahlt läßt. In den häufigeren Fällen dieser Art wird nur die Zahlung der Zinsen auf die Staatsschuld eingestellt oder — sei es durch Herabsetzung des Zinsfußes, sei es durch eine hohe Zinskürzung — willkürlich herabgesetzt. Im zweiten Falle steht der Staat den Geldgehalt der Währungsmünzen herab, d. h. also, er bestimmt, wie zum Beispiel im Rußland der achtziger Jahre, daß der Rubel nur noch $\frac{1}{10}$ des Gewichtes in Gold haben soll wie vorher. Das bedeutet, daß jemand, der z. B. eine Schuld aufgenommen hat, für die er sage 600 Gramm Goldmünzen erhalten hat, nur noch 400 Gramm Goldmünzen zurückzahlen braucht, denn diese 400 Gramm bedeuten jetzt ebenso viel Währungsgeld, wie früher die 600 Gramm.

In seinen Folgen ist die erloschene Form, der eigentliche Staatsbankrott, weniger weittragend, als der Währungsbankrott. Der eigentliche Staatsbankrott verringert den Wert aller Forderungen an den Staat in gleicher Weise, wie das bei einem Zwangsvergleich mit den privaten Forderungen an den Konkurschuldner geschieht. Der Kreis der Geschädigten ist natürlich wesentlich größer; er umfaßt einen großen Teil der gesamten Einwohnerschaft des gesamten Staates und bedeutet infolgedessen eine gewaltige soziale Umwälzung, als alle diejenigen, die Schuld titel des Staates haben, gewaltige Teile ihres Vermögens einbüßen, während diejenigen, deren Vermögen aus anderen Gütern besteht, in der Hauptsache die Besitzer von Grund und Boden, Häusern, Fabriken und Auslandswerten ebenso reich bleiben, wie vorher, d. h. also, im Verhältnis ganz wesentlich reicher werden.

Im zweiten Falle, beim Währungsbankrott, liegen die schädlichen Folgen weniger auf der Hand, sind aber noch weit furchtbarer und tiefergehend. Hier findet durch die Herabsetzung des Wertes der einzelnen Währungsmünze eine riesige Vermögensminderung sämtlicher Schuldner zu Lasten aller überhaupt vorhandenen Gläubiger statt. Das zeigt das eingangs geschilderte Beispiel klar. Auch hier wieder verringert sich nur das Vermögen derjenigen Leute, deren Besitz aus Währungsrechten besteht, die gleichen Kreise aber wie beim ersten Falle, d. h. also im wesentlichen die Besitzer von Grund und Boden, Fabriken, Häusern und Auslandswerten büßen wiederum nichts von ihrem Vermögen ein, und dieses steigt buchnäßig entsprechend der Verringerung des Wertes der Währungsmünzen in seinem Goldwerte. Mit anderen Worten: wenn in den erwähnten Zeiten im Rußland ein Bauer gut 20000 Rubel alter Münze wert war, so war es nach der Herabsetzung des Rubelwertes 80000 neue Rubel wert. Die Schädigung aller derjenigen, die Außenstände irgend welcher Art haben, ist wie erwähnt, beim Währungsbankrott wesentlich tiefergehend als beim eigentlichen Staatsbankrott. Gesehen den Fall, das Deutsche Reich sähe sich gezwungen, den Feingehalt der Mark auf die Hälfte herabzusetzen, so bliebe das nichts anderes, als daß jeder der bisher über ein Vermögen von 40000 Mark verfügte, zwar den Namen nach ebenso viel erhielte, während aber d. h. 40000 Mark früher in runder Summe 2000 Pfund Sterling wert waren, sind sie nachher nur noch 1000 Pfund Sterling wert, d. h. also, man kann mit der entwerteten Münze zunächst auf dem Weltmarkt im Auslande, sehr bald aber auch im Inlande nur noch halb soviel kaufen, wie früher.

Soziales und Provinziales.

Schalksmühle, den 12. Februar.
1804 Philosoph Emanuel Kant gest. — 1834 Theolog Friedrich Schleiermacher gest. — 1837 Schriftsteller Ludwig Börne gest. — 1880 Dichter Karl v. Dostel gest. — 1894 Dirigent und Komponist Hans v. Bülow gest.

Altkleiderbewirtschaftung durch die Gemeinden.
Nach eingehenden Erwägungen hat die Reichsbefleidungsstelle auf mehrfache Anregung hin beschlossen, die Monopolstellung der Kommunalverbände bei Bewirtschaftung getragener Kleider und Wäsche bis auf weiteres fortbestehen zu lassen. Da die Reichsbefleidungsstelle diese Angelegenheit dauernd mit Aufmerksamkeit verfolgt, um zu geeigneter Zeit eine Änderung herbeiführen zu können, sind ihre Anregungen und Anträge der Kommunalverbände hierzu von besonderer Bedeutung. Deshalb ist es wünschenswert, daß die Kommunalverbände auf das Rundschreiben vom 10. Januar 1919 betr. „Abbau der kommunalen Altkleiderbewirtschaftung“, soweit dies nicht schon innerhalb der dort bezeichneten Frist geschehen ist, möglichst viele und möglichst umgehende Antworten unter Vorlegung der Geschäftsverhältnisse ihrer Altkleiderbewirtschaftung an die Reichsbefleidungsstelle gelangen lassen. Bis zum Erlaß anderweiter Bestimmungen sind die Kommunalverbände auch weiterhin verpflichtet, die Bewirtschaftung der getragenen Kleider und Wäsche nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen fortzuführen. Sie sind nicht befugt, ihre Altkleiderbewirtschaftung aufzulösen. Sollte der Geschäftsbetrieb einzelner Altkleiderbewirtschaftungen nicht mehr nennenswert sein und die benötigten Aufwendungen nicht mehr rechtfertigen, so können die Kommunalverbände bei den zuständigen Landesverwaltungsbehörden Zusammenlegung mit anderen Kommunalverbänden zwecks gemeinsamer Durchführung der Bewirtschaftung beantragen.

Unter dem 4. Jan. d. J. ist die Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung von der Reichsregierung erlassen und am 9. Jan. in Kraft getreten. Ihre Veröffentlichung ist erfolgt: a) im Reichsgesetzblatt Nr. 3 vom Jahre 1919 (Seite 8, b) in Nr. 11 des Nachrichtenblattes für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 15. Jan. 1919, zu beziehen zum Einzelpreis von 0,10 M. durch die Bundesdruckerei, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, c) in keiner auf dieseltige Veranlassung herausgegebenen und kommentierten Druckschrift, die auch gleichzeitig die Kom-

mentierte Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918, ferner die Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vom 23. Dez. 1918 enthält. Sie ist erschienen in Karl Hymann's Verlag Berlin W. 8, Rauerstr. 43/44 (Verlagsarchiv 6565) und zum Preise von 2,00 M. zu beziehen.

Schalksmühle, den 11. Febr. Die Gemeindevertretung Schalksmühle war am Samstag nachmittag im Müller'schen Gasthause zusammen getreten. — Gegenstand der Tagesordnung war die Entscheidung über die Erhöhung der Zahl der Gemeindevorordneten auf 8. — Beschl. wurde die für die Unterzeichnung der Wahlvorschl. ausreichende Zahl von Personen auf 20 zu bestimmen. — Vertretung stimmt der Errichtung eines gemeinsamen Bauern- und Landarbeiter-Rates für die Gemeinden Halver und Schalksmühle zu. — Vertretung gab ihr Einverständnis zur Einrichtung einer Sängertuberkulosefürsorge und beschloß Einsetzung von elfstelligen jährl. 1000 M. in den Haushaltsplan. — Dem Turnverein Schalksmühle soll die Gebäudesteuer entsprechend seinem Antrage erlassen werden. — Der Vorsitzende der Ortsgruppe Schalksmühle des Verbandes wirtschaftlicher Vereinigungen Kreisbeschädigter war an die Gemeindevertretung herangerufen wegen lohnloser Benutzung der Schulbadeanstalt Schalksmühle durch die in Folge ihrer Verwundung zum Baden gezwungenen Kriegsschädigten. Vertretung genehmigte kostenlose Verabfolgung ärztlich verordneter Bäder im Rahmen der Einrichtung der Badeanstalt während der üblichen Badezeiten an die Kriegsschädigten der Gemeinde Schalksmühle. Die Kosten sollen aus Gemeindegeldern bestritten werden. — Gegen die Errichtung eines Mieteinigungsanst. für den Amtsbereich Halver — abweichend von dem Beschlusse vom 20. 12. 1918 auf Errichtung eines solchen nur für den Gemeindegeldbezirk — fand sich nichts zu erinnern. — Wärgelst wurde die unter dem 1. ds. Mts. gemeinsam mit dem Gemeinde-Vorstand Halver erlassene Ordnung für die Regelung der Erwerbslosenfürsorge. — Mittel für die Errichtung eines 8 u. 10-Bettenbades in der Schulbadeanstalt Schalksmühle anstelle des vorhandenen Brausebades, wofür letzteres bisher wenig oder garnicht benutzt worden ist, wurden bewilligt.

Halver, 12. Febr. Die Annahme von Silb. gut aller Art ist vom 13. bis einschl. 15. ds. Mts. gesperit.

Anschlag, 11. Febr. Alle Orte stehen im Zeichen der Versammlungen. Auch in Anschlag mit seiner näheren Umgebung scheint es lebendig werden zu wollen. Am Sonntag, den 9. ds. Mts., tagte im Lokale des Gastwirts Ludwig Bürger nach mehr als vierjähriger Unterbrechung wieder die erste Versammlung des M. G. B. Viederkunft Anschlag, daß dieser Verein wie kein anderer unserer Gemeinde unter den Sorgen des Krieges gelitten hat, bemerkte man schon an der Zahl der zur Versammlung Erschienenen. Der Vorsitzende, Scheinmeister Carl Schönmeyer, eröffnete die Versammlung mit Worten herzlichster Begrüßung, wobei hauptsächlich die glückliche Aus dem J. ds. wieder heimgekehrten Krieger willkommen geheißen wurden. Ignen tauten Dank spendend, ging der Vorsitzende über zu dem Gedanken an die gescheiterten Vereinsmitglieder, deren Zahl leider die hohe 300er Marke erreicht hat. Das Los eines Sangesbruders ist noch ungewiß, und zwei wachen noch der Befreiung aus den Banden harter Gefangenschaft. Im weiteren Verlaufe der Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende die Frage auf, ob ein weiteres Bestehen des Vereins in der bisherigen Form Aussicht auf Erfolg habe, oder ob der Verein die Bildung eines „Gemischten Chores“ mit besserer Wirkungsmöglichkeit vornehmen solle. Die daraufhin eingehende Aussprache griff lebhaften Gedanken freudig auf und beschloß die Vorberathungen, die die Errichtung dieses Chores fördern sollen. Einhellig war man der Überzeugung, daß man in dem Gesang besonders in dem des Gemischten Chores, ein Mittel erblicke, das über die Sorgen des Alltags die Herzen erhebe, ein Mittel, das die Eintracht der Vereinsmitglieder fördere, Geselligkeit pflege und die Menschen einander nähert. Es wurde beschlossen, falls die zur Bildung eines „Gemischten Chores“ unternommenen vorbereitenden Schritte Aussicht auf Erfolg bieten, in einer demnächst einberufenden Versammlung die Bildung des gedachten Vereins vorzunehmen. Der bisherige Dirigent Edgar Paumer, erklärte sich bereit, auch dem neuen Verein als Dirigent vorzutreten. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß dem neuen Vereins Bemühungen vergönnt sein möge.

Kierspe, 10. Febr. Bei den gestern stattgefundenen Revisionen nach Militärjahren wurde wieder eine Menge Heeresgut vorgefunden und beschlagnahmt. Dieses zieht natürlich strenge Strafe nach sich. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß alles dem Vaterlande gehörige Gut reiflich abzuliefern ist.

Kierspe, 10. Febr. In der gestern Abend im Vereinslokal stattgehabten Generalversammlung des landwirtschaftlichen Vereins, welche sich eines sehr zahlreichen Besuches zu erfreuen hat, wurde folgendes beraten und beschlossen. Der Vorsitzende Herr Pommerhagen eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in welcher er in großen Zügen auf die allgemeine politische Lage einging und einen warmen Mahnruf an die Bauern richtete, doch unter allen Umständen auszuhalten und ihre Hauptaugenmerk zu richten auf die Vermehrung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Nahrungsmittel, mit denen wir doch leider noch aller menschenfreundlichen Worten des Feindes nur auf uns selber angewiesen seien. Die vom Kassierer gelegte Jahresrechnung wurde geprüft und richtig befunden und danach demselben Entlohnung erteilt. Zur Beschaffung von Saatgut soll in den ersten Tagen bei den Mitgliedern eine Bedarfsliste herumgereicht werden, ebenso für Düngemittel. Zur Überwindung der Not in Brennmaterial soll der Einspruch von Holz nach Möglichkeit gefördert werden. Die neu ergangene Landarbeiterverordnung wurde unter lebhafter Anteilnahme vom Vorsitzenden erörtert und die Mitglieder gebeten, sich bei Tötung von Ver-

trägen usw. nach festigen Bestimmungen zu richten. Man gab dabei der Überzeugung Ausdruck, daß die neue Ordnung für die Bauernschaft eine Belastung bedeute. Die zu erwartende Bildung eines Bauernrates für das Amt Kierspe wurde besprochen und es soll die weitere behördliche Anordnung abgewartet werden. Was die Befreiung von Heu und Stroh angeht, so hält es die Versammlung nicht für richtig, an solche Tiere zu liefern, die lediglich zu Handelszwecken angeschafft werden, ohne daß die Allgemeinheit Nutzen dabei hat. Dagegen ist man bereit zur restlosen Abgabe alles dessen, was zur menschlichen Ernährung nötig ist. Die zur Abnahme von Schlachtweg eingeschickte Kommission erstattete Bericht über ihre Tätigkeit, woraus hervorging, daß augenblicklich überhaupt abgebautes Schlachtreis Vieh in der Gemeinde fast nicht vorhanden sei. Einhellig kam der Wunsch zum Ausdruck, daß ein möglichst rascher Abbau der Zwangs-lieferungsbestimmung eingeführt werden möge.

Schwerte, 10. Febr. Großmutter und Enkelkind verunglückten gestern Abend auf der Hülfsstraße. Die Frau des Scheinmeisters Adrian aus der Haselstraße, welche mit ihrem 3jährigen Enkelkind die Straße überqueren wollte, kam zu Fall und beide gerieten unter die Räder der Straßenbahn. Der Wagen mußte erst hoch gehoben werden, um die Verunglückten bergen zu können. Das Kind hatte eine lebensgefährliche Schädelverletzung erlitten, Frau A. außer schweren inneren Verletzungen einen Bruch beider Oberschenkel.

Bonn, 10. Febr. In der hiesige Klinik wurden drei Kinder aus Müllengasse eingeliefert, die durch die Explosion einer Lampe lebensgefährliche Verletzungen erlitten hatten. Die Explosion war dadurch verursacht worden, daß zwei Soldaten der Besatzungstruppen Benzin in die Lampe gossen wollten und dabei mit einer brennenden Kerze leuchteten. Die Brandwunden der Kinder waren so schwer, daß zwei der Kinder im Alter von 8 und 14 Jahren verstarben. Die beiden Soldaten wurden ebenfalls verletzt.

Telegramme und Telegrammfragmen.

Wahl des Reichspräsidenten.

TU Weimar, 11. Febr. Die Nationalversammlung wählte mit 277 Stimmen Coert als provisorischen Reichspräsidenten. Graf Pjadoski erhielt 50 Stimmen 3 Stimmen gesplutert. Coert erklärte sich bereit die Wahl anzunehmen.

Der General-Soldatenrat des 7. Armeekorps aufgelöst.

Münster, 11. Febr. Der kommandierende General des 18. A.-K. hat den General-Soldatenrat aufgelöst und zum Teil festgenommen. Diese Maßnahme war erforderlich, da er fortgesetzt der Waffungen der Regierung widerstand. Regierungstruppen und 3 polizeiliche Verbände des Sicherheitskomitees. Zur Unterdrückung liegt kein Grund vor.

Vertagung der neuen Waffenstillstandsverhandlungen.

TU Weimar, 11. Febr. Die Waffenstillstands-Kommission, die sich vorbereitet hatte, heute früh nach Trier abzureisen, hat ihre Reise vorläufig verschoben. Auf das Telegramm an die Ententevertreter die Antwort eingetroffen ist, man könne den Beginn der Verhandlungen noch nicht festsetzen. Die deutsche Kommission würde 40 Stunden vorher, wie die Entente sich ausdrückt, rechtzeitig verständigt werden.

Die Dotation des Reichspräsidenten.

TU Weimar, 11. Febr. Wie verlautet, wird der neue Reichspräsident eine Dotation von einer Million Mark beziehen.

Ein drohender Staatsbankrott.

TU Berlin, 11. Febr. Nach Pressemeldungen sollte der preussische Finanzminister Dr. Südekum gelegentlich seines Aufenthaltes in Weimar von einem bevorstehenden Staatsbankrott und ähnlichen trüblichen Aussichten gesprochen haben. Wie die „Telegraphen Union“ hierzu von best-unterrichteter Seite erzählt, kann sich Dr. Südekum unmöglich in dieser Weise geäußert haben. Ganz abgesehen von der Unklarheit eines Staatsbankrotts, ist schon die Annahme, Dr. Südekum habe erklärt, dem Einzelnen werde je nach Bedürfnis und Würdigkeit ein Teil seines Einkommens bestraft werden, derartig naiv, daß sie die Unmöglichkeit einer solchen Äußerung des Ministers klar erkennen läßt. Im übrigen ergibt sich die Unmöglichkeit der ganzen Meldung auch schon daraus, daß die Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister nicht, wie in der Nachricht gesagt wird, am 8. Februar sondern bereits am 28. Januar stattgefunden hat.

Die Verschärfung des Schiffsahrtsabkommens.

TU Berlin, 11. Febr. Die Verschärfung des Schiffsahrtsabkommens soll, wie die „Voss. Zig.“ erzählt, darin bestehen, daß in die abzuliefernden Schiffe auch die Neubauten einbezogen werden. Ferner sind die bewilligten Ausnahmen von der Ablieferung deutscher Schiffe jetzt als provisorisch bezeichnet worden, so daß sie jederzeit rückgängig gemacht werden können.

Ebert — Scheidemann — Ehrenbach.

Weimar. Wenn auch die Verhandlungen zwischen den Parteien zur Stunde noch nicht definitiv abgeschlossen sind, kann doch mit größter Bestimmtheit schon jetzt angenommen werden, daß Scheidemann den Posten des Ministerpräsidenten und Ehrenbach den des Präsidenten der Nationalversammlung erhalten werden. Die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten scheint ohne jeden Zweifel gesichert zu sein.

Amerika warnt die Polen.

Berlin. In einem Telegramm aus Washington werden die Alliierten gewarnt, daß die den Polen gelieferten Waffen nicht gegen die Zentralmächte gebraucht werden dürfen. Amerika und die Alliierten hätten die moralische Verpflichtung Deutschland gegen Angriffe von außen zu schützen, nachdem es die Waffen niedergelegt habe. Die Polen sollten gegen Moskau und die Bolschewisten kämpfen.

Wieder ein Eisenbahnstreik.

Danzig. Der Eisenbahnverkehr Berlin-Königsberg ist unterbrochen, da in Marienburg ein Streik unter den Eisenbahnern des Betriebsbetriebes herrscht. Der letzte Berliner Nachzug liegt vor Marienburg.

Spartakus und seine Vorläufer.

Aufstände und Revolten in längstvergangenen Tagen.

Wohl selten ist in den letzten Monaten ein Name so oft im Gebiet des Deutschen Reiches genannt worden, wie der Name Spartakus. Im Jahre 73 vor Christus rief der thrakische Gladiator (durch Kriegsgefangenschaft, Verwundung oder sonstige Umstände zum Fuchterberuf gezwungener Mann) Spartakus mit nur 70 Genossen in Capua einen Sklavenaufstand hervor, der sich mit unheimlicher Geschwindigkeit in Italien ausbreitete und dem große Massen anströmten, so daß die römische Regierung viele Jahre schwer zu kämpfen hatte, ehe sie ihn endlich niederschlug. Da nun nach diesem altrömischen Rebellen die neueste Bewegung unserer Kommunisten genannt wird, so wird allgemein angenommen, daß der Aufstand des Spartakus nicht nur der erfolgreichste, sondern auch der erste solcher Aufstände im Altertum gewesen ist, eine Annahme, die auf einem Irrtum beruht.

Revolutionen und Aufstände waren im Altertum durchaus nicht selten, sondern sie wiederholten sich immer wieder, allerdings waren sie alle grundsätzlich von den neuen Revolutionen dadurch unterschieden, daß es sich bei ihnen niemals um Aufstände von Arbeitermassen handelte, weil es die damals gar nicht gab. Sie sind erst durch die fortgeschrittene, weit ausgebreitete Industrie entstanden. Die Aufstände des Altertums gingen entweder von der bürgerlichen, besonders der aararischen Bevölkerung oder von den Sklaven aus. Um Reformen des Agrarwesens, um Teilung und Bewirtschaftung des Bodens drehten sich die damaligen sozialen Kämpfe, deren bedeutendster Führer in Griechenland Solon war, im Jahre 594 v. Chr., und in Rom die Brüder Gracchus in den Jahren 133—121 vor Christi Geburt. Ganz anderer Art waren die Sklavenaufstände. In den Staaten des Altertums, besonders im römischen Reich, entwickelte sich immer mehr das Großkapital und der Großgrundbesitz, und die Begleiterscheinung dieser Entwicklung waren große Mengen von Sklaven, die ohne jedes Menschenrecht einfach Besitztümer ihrer Herren waren. Die Sklaven waren zum großen Teil Kriegsgefangene und deren Nachkommen, sie rekrutierten sich daher aus allen von Rom unterworfenen Völkern, besonders Galliern, Thakern, Germanen, Spaniern und anderen. Unter diesen Unglücklichen befanden sich viele von edlem Abkommen und hoher Bildung, denen die menschenwürdige Art der Behandlung am ehesten unerträglich wurde, besonders wenn sie Angehörige eines stolzen, freiheitsliebenden Volkes waren. Sie rissen ihre Genossen immer wieder zu offener Empörung gegen die Unterdrücker hin und erregten Aufstände von mehr oder minder großer Ausdehnung.

So kam es in Griechenland wie in Italien in den letzten Jahrhunderten vor Christi Geburt zu zahlreichen Aufständen, von denen der bedeutendste im Jahre 140 v. Chr. auf Sizilien ausbrach. Zu Massen erhoben sich dort die Sklaven und wählten den Syrier Eunus zum Führer und König, als welcher er sich Antiochus nannte. Er war ein bedeutender von sozialen und religiösen Ideen erfüllter Mann und anwachtige Scharen von Sklaven strömten ihm aus Sizilien und Sardinien zu, so daß er

schließlich über ein Heer von 200000 Mann verfügte. Mit dieser zu jenen Zeiten ungeheuren Truppenmacht besiegte er in mehreren Schlachten die gegen ihn geschickten römischen Heere. Er herrschte fast zehn Jahre unumschänkt über ganz Sizilien und erst im Jahre 132 gelang es den Römern nach vieler Mühe, den Aufstand niederzuschlagen und Eunus in die Gefangenschaft zu führen, wo er bald starb. Dieser Aufstand auf Sizilien war der große Vorläufer des 70 Jahre später einbrechenden Aufstandes des Spartakus, dem er an Bedeutung fast gleich kam.

Dr. St.

Vermischtes.

Gesellschaftliche Reformen. Die große Woge, die manches Alte hinwegspült, ist jetzt auch in die Gesellschaftskreise des besseren Bürgerstandes gedrungen. Man will die Gesellschaftsform reformieren und die umständliche, steife und geschnäbelte Verkehrsart abschaffen. Alle Titelbezeichnungen sollen künftig fortbleiben. Es soll in der Anrede nicht mehr heißen: Herr Doktor, Herr Professor oder Herr Kommerzienrat, sondern schlichtweg nur: Herr Lehmann oder Müller, Herr Hoffmann oder Schulze. Selbstverständlich wird den Ehefrauen künftig auch die Amtsbezeichnung ihrer Ehemänner nicht mehr zugehängen, so daß mit der Frau Doktor, der Frau Pfarrer oder Kommerzienrätin gründlich aufgeräumt wird. Ebenso kommt die „gnädige Frau“ oder das „gnädige Fräulein“ und die Ansprache in der dritten Person in Fortfall. In der Rheinprovinz hat man damit schon den Anfang gemacht. Der Höflichkeit und der guten Form wird durch diese Neuerung nicht zugefügt, soweit die Achtung Jüngerer vor Älteren beobachtet wird.

Republik Worpssweide. Eine eigentümliche Kunde kommt aus Worpssweide, der berühmten Malerkolonie. Danach hat der Worpssweider Maler Heinrich Vogeler, der während des Krieges pazifistisch tätig war, eine kommunistische Sonderrepublik gegründet, von der allerhand Gerüchte gehen. Demgegenüber erklären jetzt die Worpssweider Künstler W. Vortisch, W. Bertelsmann, E. Meyer, W. Krummacker, F. Madenfer, Fr. Müller und A. Schieff, daß sie an dem Unternehmen nicht beteiligt sind und „schärfen Einspruch gegen die kommunistische Gewalt Herrschaft erheben.“ Es ist kaum zu glauben, daß der stille, feinsinnige Vogeler unter die Spartakisten gegangen sein soll. Aber möglich ist in dieser Zeit der unbegrenzten Möglichkeiten schließlich alles!

Musikunflei.

Schieber. Während des Krieges ist das Wort Schieber wohl eines der meistgebrauchtesten der deutschen Wutbürger geworden. Seinen Ursprung aber hat es in Vorkriegszeiten. Es stammt von der Rennbahn, wo man mit „Schieber“ diejenigen Reiter und Fahrer bezeichnete, die ihre Pferde vertauschten, um andere gewinnen zu lassen. Jetzt hat das Wort einen anderen Sinn. „Schieber“ nennt der Berliner Leute dunklen Gewerbes, die Geschäfte machen, deren Unlauterkeit zwar nicht urteillos feststeht, aber doch klar auf der Hand liegt.

Die Kunst der Schleichhändler wird jetzt gemeinhin mit „Schieber“ bezeichnet.

Familie Dernburg. Die Notiz über den ehemaligen Kolonialsekretär, die kürzlich durch die Presse ging, nannte den bekannten Rechtslehrer Heinrich D. als Vater des Staatssekretärs. Der Rechtsgelehrte war aber, wie uns geschrieben wird, nur sein Onkel; sein Vater war Friedrich D., ehemaliger Hauptkassierer der National-Zeitung und späterer Mitarbeiter des Berliner Tageblattes. Der Name Dernburg ist abgeleitet von der Derenburg im preussischen Regierungsbezirk Magdeburg, von wo die Familie stammen soll.

Blond hieß der Besitzer eines Kaffeehauses in der City von London zu Ende des 17. Jahrhunderts. Er gründete für seine Gäste ein Handelsblatt „Blonds News“, das unterdrückt wurde und Anfang des 18. Jahrhunderts als „Blonds List“ wieder erschien. Das Organ diente hauptsächlich den Schiffahrtsinteressen. Später gründete sich eine Gesellschaft, die sich „New Blonds“ nannte und als Zentralpunkt der Schiffahrtsversicherungen galt. Die Fortsetzung ist der heutige Londoner Blond und diesen Namen übernahmen auch die in anderen Ländern gegründeten Schiffsklassifizierungs- und Versicherungsinstitute.

Anarchie ist ein aus dem Griechischen stammendes Wort und bedeutet „Herrschaftlosigkeit“, also eine Gesellschaft, in der keine Staatsgewalt existiert oder in der diese doch so gelähmt ist, daß sie keine Machtbefugnisse ausüben kann. Als politische Theorie verlangt der Anarchismus die Beilegung jeder Herrschaft eines Menschen über den anderen, einen Zustand ohne gezielte Rechtsordnung, ohne Über- und Unterordnung.

Volkswirtschaft.

* **Arbeitsnachweise und Landwirte.** Die landwirtschaftlichen Arbeitsnachweise führen noch immer Klage darüber, daß die Landwirte, die offene Stellen angemeldet haben, auf schriftliche Nachfrage der Arbeitsnachweise, ob diese Stellen noch frei sind, oder welches die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind, nicht antworten. Es ist darum zu einem nicht geringen Teile Schuld der Landwirte selbst, wenn ihnen nicht genügend Arbeitskräfte beschafft werden können. Es ist dringend nötig, daß die Landwirte in dieser Richtung ständige Fühlung mit den Arbeitsnachweisen behalten. Ebenso müssen, wie von amtlicher Stelle bemerkt wird, die Landwirte endlich der Last der Rechnung tragen, daß mit einem Bezug ausländischer Arbeiter im Frühjahr nicht zu rechnen ist und daß sie ihre Abneigung gegen die Entlassung der aus der Stadt stammenden Arbeiter überwinden müssen.

Welt und Wissen.

— **Angebliche medizinische Entdeckung in England.** Das „British Medical Journal“ veröffentlicht einen vorläufigen Bericht über eine epochemachende Entdeckung dreier englischer Militärärzte. Diese, mit Namen Bradford, Bathford und Wilson, teilen mit, daß sie das Gift des Lausgrabenfiebers, der Influenza und der Mierentzündung isoliert haben. Bei ihren weiteren Untersuchungen gelang es ihnen auch, das Gift von Krupp (Bräune), Walem und Stiegenpeter zu isolieren. Die britische Presse bezeichnet die Entdeckung als größte Errungenschaft seit Pasteur, die die Aussicht eröffnet auf die Gewinnung des Gegengiftes für diese Krankheiten.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Heimgang meiner lieben Frau sage ich allen Beteiligten im Namen der Hinterbliebenen

herzlichen Dank.

Lehrer Karl Rittinghaus.

Oberbrügge, den 12. Februar 1919.

Amt Halver.

Ware Nr. 4 des Lebensmittel-Ausweises.

Abgabe erfolgt auf gelbe Warenkarte Nr. 34

grüne „ 27

rote „ 20

in der Zeit vom 14. Februar bis 21. Februar 1919 einschl. nach folgendem Plane:

a) Gemeinde Halver.

Lebensmittel-Ausweis-Nr.	Verkaufsstelle.
1—113	Konsumverein Halver, Berlinerstraße.
114—224	Konsumverein Halver, Kronprinzenstraße.
225—344	Konsumverein Halver, Mühlenstraße.
345—708	Ernst Neuser, Halver
709—800 u. 1501—2047	Wm. Karl Junker, Halver
2048—2200	Robert Brockleper, Halver
2201—2400	Karl Goes, Schwenke.
801—942	Konsumverein, Oberbrügge
943—1200	Wm. Otto Hager, Ehringhausen.

1201—1288	Konsumverein Deckinghausen
1289—1500	Paul Huffer, Halver.

b) Gemeinde

1—194	Schalksmühle
195—550	Konsumverein Schalksmühle, Wm. Echal. Kettling, Schalksmühle.

Abgabe erfolgt nur gegen Vorlage des Lebensmittel-Ausweises und der oben bezeichneten Warenkarte. Jeder Empfangsberechtigte erhält den auf ihn entfallenden Warenanteil, den er innerhalb der vorbezeichneten Verkaufstage zu beliebiger Zeit entnehmen kann. Gedränge in den Verkaufsstellen ist darum sinnlos.

Halver, den 8. Februar 1919. Der Amtmann.

Wasserwerk Halver u. Schalksmühle.

Das Frostwetter macht es dringend erforderlich, zum Schutze der Hausleitungen und Wassermesser die Fenster und Türen, namentlich an den Kellern dicht zu schließen, auch die nicht frostfrei liegenden Wasserleitungsrohre des Abends zu entleeren.

Halver, den 13. November 1918.

Die Verwaltung.

Geschäftsbücher empfiehlt W. H. Bell jr., Halver.

Protestversammlung.

Am Donnerstag, den 13. Febr. cr., nachm. 6 Uhr

beginnend findet im

„Hotel zur Fuhr“ hierselbst große öffentliche

Volkversammlung

statt. Es soll Protest erhoben werden gegen die von Deutschlands Feinden beabsichtigte Zurückbehaltung deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen

Ehrenpflicht jedes Deutschen ist es hier helfend mitzuwirken.

Je größer die Protestversammlung, je wichtiger ihre Wirkung.

Rund 1/4 Millionen Deutsche Kriegs- und Zivilgefangene warten auf Befreiung.

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Herr Redakteur Tietz aus Hagen und andere Redner sind für diese Versammlung gewonnen.

Halver, den 10. Februar 1919.

Ortsgruppe zum Schutze der deutschen Kriegs- u. Zivilgefangenen.

Amtsparkasse Halver i. W.

Giro-Konto: Reichsbank Länderscheid.

Bank-Konto: Landesbank der Provinz Westfalen in Münster

Postcheck-Konto: Cbln Nr. 3835.

Fernsprecher Nr. 1.

Zinsfuß für Einlagen im Spar- und im Scheckverkehr 4 vom Hundert bei tageweiser Verzinsung

Annahme von Einlagen im Kassenraum (Amtshaus Zimmer 5), bei den Annahmestellen oder im Wege der Ueberweisung durch Giro-, Bank- oder Postcheck-Konto. Annahme von Zinscheinen von Reichs- und Staatsanleihen 10 Tage vor Fälligkeit.

Depositen- und Kontokorrent, Giro- und Scheckverkehr.

Hinterlegungsstelle für Wertpapiere, Vermietung von Schrankkästern, Verwahrung von Sparbüchern.

Vom 17. Februar ds. Js. ab verkehrt der 64 nachm. von Barmen-Rittershausen bis Halver-Stb. fahrende Personenzug 1041 Werktags zwischen Barmen-Rittershausen und Radevormwald bis zu 50 Minuten früher. An Sonn- und Feiertagen verkehrt der Zug in seinem bisherigen Fahrplan.

Elberfeld, im Februar 1919.

Eisenbahndirektion.

Bekanntmachung.

Die bei dem Pferde des Simon Niemeier zu Paulmannshöh 59 festgesetzte Rinde ist erloschen.

Länderscheid, den 10. Februar 1919.

Der Amtmann.

Suche für meine Buch- und Zeitungsdruckerei einen Sohn

ordentlicher Eltern als

Geselerlehrling.

W. H. Bell jr.,

Halver.

Ein tüchtiger

Schuppen-

Schmiedemeister

oder Gehülfe

findet dauernde lohnende Beschäftigung bei

August Berghaus,

Fabrikgeschäft,

Oberbrügge i. Westf.

Tüchtiges

Mädchen

für sofort gesucht.

Frau Albert Ecker,

Halver, Berlinerstr. 48.

Fremdlich möbilitertes

Bzimmer

am liebsten mit voller Pension zu mieten gesucht.

Angebote unter H 161 an die Geschäftsstelle des „Allg. Anz.“ erbeten

Karbid

wieder vorrätig.

G. Zimmermann, Halver.

Markttaschen

empfiehlt

W. H. Bell jr., Halver.

Alle Kriegswitwen von Schalksmühle und Umgegend werden für Sonntag, den 16. ds. Mts. nachm. 5 Uhr zu einer im „Café Schulz“ stattfindenden

Aussprache

über ihre Interessenvertretung eingeladen.

Der Vorstand

der Schalksmühler Ortsgruppe

Kriegsbeschädigter.

M.-G.-B. „Acion“

Halver.

Samstag, den 15. Febr.

8 1/2 Uhr abends

Zusammenkunft

im Vereinslokal.

Sämtliche noch vorhandene

Mitglieder werden gebeten,

zu erscheinen. Freunde der

Sangeskunst sind hierzu freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Junge, bald melk werdende

Biege

ist zu verkaufen.

Wo sagt die Geschäftsst.

des Allg. Anz. Halver.

Erhält heute einen

Transport

la. Ferkel

u. Läufer Schweine.

Karl Schmale, Halver.

Telefon 23.

Markttaschen

empfiehlt

W. H. Bell jr., Halver.